

# HIROSHIMA mahnt!



# 71 Jahre

Am Morgen des 6. August 1945 warf ein Bomber der USA-Luftwaffe die erste Atombombe der Geschichte auf die japanische Stadt Hiroshima. In Bruchteilen von Sekunden verwandelte die ungeheure Explosion und die unmittelbar folgenden Feuerwellen die Stadt mit ihren 350.000 Einwohnern in ein gigantisches Inferno. Drei Tage später, am 9. August, wurde auf Anordnung des damaligen US-Präsidenten Truman eine weitere Atombombe auf die Stadt Nagasaki geworfen. In diesen beiden Städten starben mehr als 100.000 Menschen sofort. Über 400.000 Menschen starben bis heute auf schreckliche Weise an den Folgen der atomaren Verseuchung.

## **Politik der nuklearen Abschreckung ist eine Provokation**

20. Jahrestag des Rechtsgutachtens zu Atomwaffen  
200 Städte protestieren mit Flagge



Am 8. Juli 1996 verkündete der IGH, dass die Androhung des Einsatzes und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich gegen das Völkerrecht verstoßen. Die ärztliche Friedensorganisation warnt anlässlich des Jahrestages vor einem Rückfall in die nukleare Eskalationspolitik des "Kalten Krieges" und ruft erneut zu einem weltweiten Verbot aller Atomwaffen auf. Die Bundesregierung solle die völkerrechtswidrige Stationierung von Atomwaffen in Deutschland beenden und sich für einen Prozess für ein Atomwaffenverbot einsetzen, so die Ärzteorganisation.

In 200 Städten Deutschlands haben die BürgermeisterInnen Flaggen der „Mayors for Peace“ vor ihren Rathäusern gehisst, um für die Abschaffung von Atomwaffen zu werben. Sie berufen sich auf eine von der IPPNW beauftragten Forsa-Umfrage, wonach sich 93 % der BundesbürgerInnen für ein völkerrechtliches Verbot der Atomwaffen aussprechen. Weitere 85 % der befragten Erwachsenen befürworteten zudem einen Abzug der auf deutschem Boden gelagerten US-Atomwaffen.

Der stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich hat das Motto des NATO-Gipfels in einem Tagesspiegel-Gastbeitrag als „Abschrecken ohne zu provozieren“ beschrieben. „Abschreckung ohne Provokation ist aber nicht möglich,“ sagt Angelika Claußen, IPPNW-Vizepräsidentin für Europa und ehemalige deutsche Vorsitzende der IPPNW. „Glaubwürdige nukleare Abschreckung beinhaltet immer auch die Illusion von Sicherheit durch Provokation als Teil der Eskalationspolitik. Der Feind muss glauben, dass man bereit ist, die Atomwaffen einzusetzen.“

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

zen und wenn notwendig, mit dem Einsatz zu drohen. Aber die humanitären Auswirkungen der Atomwaffen sind so immens, dass sie nicht kontrollierbar sind. Wie wollen NATO-Generäle uns vor diesen humanitären Folgen schützen, wenn die Abschreckung nicht funktioniert?“, so Claußen.



Quelle: Bild+Text Auszug  
HZ 09.07.2016

### Heidenheim zeigt Flagge

Bürgermeister Rainer Domberg hat am gestrigen Freitag (08.07.2016) in Anwesenheit der Friedensgruppe Heidenheim die Flagge der „Mayors for Peace“ vor dem Rathaus gehisst.

Das damalige IGH-Rechtsgutachten stellte fest, dass eine völkerrechtliche Verpflichtung besteht: „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zur nuklearer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und wirksamer internationaler Kontrolle führen.“ Ein solcher Vertrag ist aber noch nicht in Sicht. Deshalb hält die Ärzteorganisation ein Verbot der Produktion, der Lagerung und des Einsatzes von Atomwaffen für überfällig. IPPNW-ÄrztInnen in aller Welt setzen sich für die „humanitäre Initiative der Staaten zur Ächtung und Abschaffung der Atomwaffen“ ein und begrüßen die Selbstverpflichtung von 127 Staaten, eine Ächtung der Atomwaffen zu erzielen (Humanitarian Pledge).  
Quelle: Ärzteorganisation IPPNW 08.07.2016 -Auszug-



*Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich  
wie die Wolke den Regen*  
Jean Jaures

## Krieg ist die Fluchtursache Nummer Eins



Unser Land führt Krieg nach außen.

Gezielt lenkt die Bundesregierung davon ab, dass Kriege die Fluchtursachen Nummer Eins sind. Kriege, die die Politiker von CDU/CSU, SPD und Grünen regelmäßig ermöglichen und damit den Banken und Konzernen ihre Profite sichern. Afghanistan, Syrien, Libyen, Mali - Kriege, wohin man blickt. Die deutsche Bundeswehr ist in aller Regel, und zum Teil führend dabei. Deutschland ist seit der Beteiligung am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 in permanentem Kriegseinsatz.

Millionen Menschen ermordet, verstümmelt, ihre Lebensgrundlagen zerstört, auf der Flucht. Doch die Kriegsgefahr wächst. Der Hauptaggressor sind die USA und das von ihr geführte Kriegsbündnis NATO, in dem auch Deutschland seine Rolle spielt. Der Imperialismus rückt auf Russland und China vor, will sie einkreisen um seine Vorherrschaft zu wahren. Damit wächst die Gefahr der Eskalation zum Flächenbrand bis hin zum Atomkrieg. Denen, die die Kriege führen und an ihnen verdienen, geht es nicht um Menschen, um ihre Rechte und Freiheiten. Es geht um Ressourcen und Rohstoffe, um Transportwege, Einflussphären und Stützpunkte.

Wer sich mit Flüchtlingen solidarisiert, ihnen helfen will

und sich den Rassisten in den Weg stehen will, muss NEIN sagen zum Krieg, muss aufstehen aufstehen gegen Militarisation und Krieg!

### Schluss mit Ausbeutung und Krieg! Gemeinsam kämpfen!

Verursacher und Profiteure von Arbeitslosigkeit und Armut in diesem Land, von Krieg und Zerstörung in fremden Ländern und von Flucht sind die Banken und Konzerne und die ihnen dienenden Regierungsparteien. Sie stehen auf der einen Seite der Barrikaden. Der Ausbeuter. Ihnen gegenüber stehen die Ausgebeuteten. Egal welcher Herkunft. Arbeiter und Angestellte, abhängig Beschäftigte. Klassisch, nach Marx, Engels und Lenin gesagt: Das Proletariat.

### Nur gemeinsam sind wir stark!

Der Kampf gegen Ausbeutung und Krieg, das geht nur in gemeinsamen Kämpfen von Gewerkschaften, Arbeiter\*innen, Angestellte, Erwerbslosen, Rentner\*innen, Auszubildende, Studierende, Migranten\*innen und Geflüchteten. Uns interessiert nicht die Hautfarbe und Herkunft, uns interessiert die Zugehörigkeit zur Klasse. Zur Arbeiterklasse.

Quelle: Sofortprogramm der DKP - Auszüge

## Wer soll das bezahlen? - Wer hat soviel Geld?

- ★ Eine Millionärssteuer von 2 Prozent bringt 48 Milliarden Euro pro Jahr.
- ★ Eine 20-prozentige Kürzung der Rüstungsausgaben bringt 7 Milliarden Euro pro Jahr.
- ★ Die Rücknahme der Hochrüstungspläne des Kriegsministeriums bringt 9 Milliarden Euro pro Jahr.
- ★ Die Beendigung der Auslandseinsätze der

- ★ Bundeswehr ergibt Einsparungen von mindestens 1 Milliarde pro Jahr.
- ★ Die Beschlagnahme der Gewinne aus Rüstungsexporte ergibt mindestens 1 Milliarde Euro pro Jahr.
- ★ 66 Milliarden Euro im Jahr für Arbeit, und Soziales

